

Arbeiter-Zeitung

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 10 Reichspennig Stellen- und Wohnungsgelände...

Organ der KPD., Bezirk Schlesien Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet).

Bezugspreis: Im Abonnement bei wöchentlich 5maligen Erscheinen...

7. Jahrgang.

Freitag, 17. April 1925

Nummer 83

Die Gaunerstrategie der KPD.

Der Oppositionsritt.

M. M. Die Sozialdemokratie hat im ersten Wahlgang für ihren Präsidentschafts-Kandidaten Braun beinahe acht Millionen Stimmen gesammelt.

Diese Stimmen erhielt sie lediglich mit Hilfe eines Tricks: Sie spielte „Opposition“.

Kein Mensch, der die heutigen Klassen- und Kräfteverhältnisse in Deutschland überblickt und dazu weis, was die SPD ist, konnte auch nur einen Augenblick glauben, daß diese dem Kapital mit Haut und Haar verfallene Partei ihren Braun zu einem anderen Zweck aufstellte, als zu dem, den man mit einem garstigen Wort bezeichnen kann: Gimpelfang.

Denn nicht einmal der ausgesprochen monarchistischen, von der Schwerindustrie und den reaktionärsten Beamtenkreisen dirigierten Lutherregierung gegenüber hat die SPD Opposition gemacht. Und da sollte jemand der naiven Ansicht sein, sie stelle sich zum Kampfe gegen die kapitalistischen Parteien des Zentrums und der Demokraten, die übrigens in der Lutherregierung vertreten sind?

So plump jedoch der — alte — Trick war, so prompt hat er wieder einmal gezogen. Die sogenannten linken Leichen im Parteikästli der SPD. fingen an, Frühlingslieder zu jubelnden und viele Arbeiter stimmten für Braun.

Die SPD. hat also am 29. März wieder einmal einen jener „überwältigenden“ Siege errungen, nach denen sie regelmäßig nicht weis, was sie tun soll.

Wie der „große Sieg“ ausgemünzt wird.

Doch halt! Hat sie, praktisch wie sie ist, nicht sofort einen realen Erfolg zu buchen gehabt? Ist nach der „Einlage“ Höpfer-Mohr nicht sofort ein schöner neuer Akt begonnen worden, in dem Herr Braun, der tugendhafte Landmann und Bestimmungsgenosse August Winnig, die Hauptrolle spielt?

Der Vorhang ist zur Probe einmal hochgezogen worden, doch unser Hamlet-Braun weis noch nicht, ob Sein oder Nichtsein ihm bechieden sein wird. Vieles nämlich hängt davon ab, was und wie — das Zentrum tun wird.

Etwas jedoch ist schon passiert. Die Liste, die Herr Braun in die Presse lanciert hat, und die sein künftiges Kabinett in Katalogform anzeigt, nennt zwar die alten und, wie die SPD. behauptet, guten Inuentarstücke Braun und Severing, nicht aber Herrn Stiering, eine Fierde der verflochtenen großen Koalition.

Doch warum starb er noch klummer als jene Katze, die Hamlet in angeblichem Jersinn zu durchbohren für nötig fand und die in Wirklichkeit Polonius war, auch ein alter Minister und ein bewährter dazu?

Sierüber, sozialdemokratische Arbeiter, fraget Euren Erwählten, Herrn Braun, der auszog — angeblich — ein Königreich zu erobern, aber ankam, ein umgekehrter Gauß, mit eifigen Ehestimmen.

Und was er eingetauscht hat, das ist verdammt mager: 8 Millionen Stimmen für Braun werden an der Preußenbörse gewogen und gewertet als leichtes Gerüst. Denn wenn auch der lächerliche Hellpach und Marx, der Musterrepublikaner mit den Ermächtigungsgesetzen, zusammen nur die Hälfte dieser Stimmen bekommen haben — im Preußenkabinett liegen ihre Parteien drei Viertel der Sitze. Ein „Sieg“, kann man sagen, ähnlich denen, die der österreichische Hof-Kriegsrat gegen Napoleon zu erachten pflegte.

Mehr als befreundet, weniger als Freund.

Aber das Geschäft ist noch viel fauler, als es schon auf den ersten Blick aussteht.

Unser Hamlet, „verzichtet“ also auf die ansichtslose Präsidentschaftskandidatur und kriegt das Preußenministerium.

Dafür zahlt der Wellische geniale Parteivorstand ehrlich und sofort: die stärksten Bataillone, mit denen dieses Reich nicht nur Gott, sondern auch die Pfaffen sein werden, werden die rote Fahne, die sie drei Wochen lang tragen durften, wieder in die Ecke stellen und burgfriedlich — wofür der schöne Name Volksblod erstanden worden ist — den Erwählten des Herrn (Klödner und Thissen) Marx, wählen.

Aber, nachdem Gott geholfen haben wird (und er kann nicht verfehlen, zu helfen, wo die katholische Kirche ihn dazu veranlassen wird), und wenn Marx, der Republikaner (dessen Partei Luther unterstützt), dann auf 7 Jahre fest etabliert ist mit Hilfe des geduldeten sozialdemokratischen Stimmwechels — welche Garantie hat dann Hamlet-Braun, daß er nicht

sofort in Preußen aus seinem Posten fliegt (geh' in ein Kloster, Otto!) mit samt Severing und sogar den anderen Originalgenies, so da auf der schönen Ministerliste genannt sind?

Natürlich keine. Es sei denn, daß Marzens ehrliches Antlitz genüge; worüber aber die so überaus demokratische SPD. keinerlei Volksabstimmung vorgenommen hat.

Selbst vom SPD.-Standpunkt . . . .

Wenn man sich das Ding also selbst vom SPD.-Standpunkt beseht, ist das Ganze ein Luftgeschäft für die SPD. Sie will Posten haben. Das ist alles. Denn Politik macht sie sozusagen „prinzipiell“ schon lange nicht. Ob sie Posten bekommt, das hängt ganz und gar ab von der Bourgeoisie. Und es ist nicht im Geringsten einzusehen, weshalb die Partei der Klödner, Thissen, Fricke, Meiß, Graf Schaffgotsch, Wendel-Donnersmarkt, Stegerwald, und wie die Schlotbarone, Krautjunger und Nationalisten sonst heißen, nachdem sie die SPD. ausgenutzt haben, sie nicht zum Teufel jagen sollen. Verträge gibt es auf diesem Gebiet nicht, und wenn es sie gäbe, so sind sie nicht einlagbar (nicht einmal Lenin!) konnte klagen um seine bescheidene Pension, sondern mußte luhhandeln).

Ja, wenn entum Hund Demokraten vor der Wahl durch die Tat bewiesen hätten, daß sie sich von Luther und Schließens unterscheiden, dann könnte man den Kuhhandel wenigstens verstehen. Wenn sie wenigstens den Achtstundentag gesetzlich festgelegt hätten, wenigstens allen monarchistischen Vermögen beschlagnahmt hätten („Republikaner“, die sie angeblich sind), wenigstens alle reaktionären Beamten, Offiziere, Richter abgelehrt, wenigstens die Kriegs- und Inflationsgewinne konfiszieren, wenigstens die Kirche vom Staat und von der Schule getrennt hätten, wenigstens die verfassungsmäßigen Rechte der Koalition, Presse, Versammlungen usw. hergestellt, wenigstens eine Amnestie für die politischen Gefangenen durchgeführt hätten — dann könnte man die Unterstützung eines Marx verstehen, der durch die Tat bewiesen hätte, daß sein „Republikanertum“ keine Nebensart zu Konjunkturgewinnzwecken ist.

Und alle diese selbstverständlichen Reformen hätten — das ist doch das Mittelmittel nach der Ansicht der Republikaner — eine glatte parlamentarische Mehrheit im Reichstag gehabt, da die Kommunisten selbstverständlich für jede dieser Maßnahmen gestimmt hätten, wenn . . . ja, wenn!

Neue Enthüllungen aus dem Barmatsumpf!

Provision zum Kampf gegen den Bolschewismus.

Wiener Fraubertät.

Berlin, 17. April.

In der gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses des Barmat-Kulischer-Standals wurde als erster der Kaufmann Emil Heinemann aus Eberfeld vernommen. Heinemann war Aufsichtsratsmitglied der Butterhandelsgesellschaft Berlin. Er ist in der Lage, ausführliche Auskünfte über die Bevorzugung Barmats durch verschiedene Reichsstellen zu geben. So sagte der Zeuge unter Eid aus, daß er auf Anweisung der Reichsstelle von Barmat 50 Waggon Butter abnehmen mußte. Zum Zweck der Abnahme dieser Waggons reiste der Zeuge nach Amsterdam und traf auf dem Büro des Barmat seinen Prokuristen Vogelgang. Vogelgang erklärte dem Zeugen, daß er jederzeit in der Lage sei, telefonisch mit dem Büro des Reichspräsidenten in Verbindung zu treten. Auf weitere Fragen des Vorsitzenden antwortete der Zeuge Heinemann, daß Barmat sehr übel beleumdet sei, und daß das Reich etwa 10 Millionen gespart hätte, wenn es sich eines anderen Exporteurs bedient hätte.

Der Zeuge Kaufmann Schweiffurt verlas eine Aufzeichnung über eine Unterhaltung mit dem Prokuristen Vogel-

gang. Nach diesen Aufzeichnungen habe Vogelgang gesagt, daß Barmat die besten Beziehungen zu dem Sozialdemokraten Hermann Müller und zu anderen führenden Sozialdemokraten habe.

Von größter Wichtigkeit sind die eidlischen Aussagen des Zeugen Wüherpennig, Kanzleirat bei der deutschen Gesandtschaft in Helsingfors. Dieser Zeuge gehörte dem von den Sozialdemokraten Franz Krüger geleiteten Zentralausschuß für soziale Fürsorge an. Barmat habe mit dem Reichstagsabgeordneten Franz Krüger, der der Bundesrat des Reichspräsidenten Ebert war, über Buttergeschäfte verhandelt, und Franz Krüger für eventuelle Begünstigungen hohe Provisionen versprochen. Franz Krüger erklärte damals, daß er die Provisionen von Barmat

zur Bekämpfung des Bolschewismus

gebrauchen wollte. Wüherpennig sagt weiter unter Eid aus, daß Franz Krüger tatsächlich das Angebot des Barmat angenommen habe.

Der Kaufmann Rommel aus Haag wurde über verschiedene geschäftliche Praktiken des Herrn Barmat vernommen. Der Zeuge erklärte, daß Barmat in Holland in einem sehr schlechten Ruf stand, und daß er von den Interessensverbänden Hollands boykottiert wurde. Barmat erhielt große Kredite aus Deutschland, gab jedoch an, daß er selbst an Deutschland Kredite gebe. Nach Erledigung geschäftlicher Dinge fährt der Zeuge wörtlich fort: „Am unangenehmsten fiel mir auf, daß Barmat das Geschäft mit der Postfil verknüpfte. So oft ich bei Barmat war, traf ich bei ihm führende Politiker, fast immer den damaligen Sekretär der Sozialdemokratischen Partei Hollands. Im ersten Stad seines Hauses hatte Barmat einen großen Sitzungssaal und er erklärte mir wörtlich, daß dieser Saal das

Tagungslokal der zweiten Internationale

sei. Besonders oft traf ich bei Barmat den Chef der Reichspräsidentenkanzlei Franz Krüger. Barmat erzählte mir, daß er auf die deutsche Reichsregierung einen ungeheuren Einfluß hatte und bot mir tatsächlich einen Gesandtenposten an. Er sagte wörtlich: „In Berlin stehen mir alle Türen offen.“

Barmat prokte dem Zeugen gegenüber auch mit seinen internen Beziehungen zum deutschen Reichspräsidenten Ebert. Er hat sich des öfteren gerühmt, daß er Briefe von Reichspräsidenten erhalten habe, in denen er „Mein lieber Julius“ betitelt wurde und die mit der Unterschrift „Dein Frh Ebert“ endeten.

Nach der Vernehmung des Zeugen Rommel wurde die Verhandlung auf Freitag vertagt. Heute soll Julius Barmat im Koalitioner Gefängnis vernommen werden.

Vom Tage.

Genosse Schämann sprach gestern in Königsberg in einer wichtigen Rundgebung auf dem Jahrmärktplatz. Der „Rote Frontlämpferbund“ war mit Musik, Fahnen und Fackeln in militärischer Ordnung aufmarschiert.

Die Mitglieder des estländischen Parlaments, die Genossen Welt und Sulhatau, sind wegen Beteiligung am Kommunistenaufstand durch Erschießen hingerichtet worden.

Stresemann hielt in Hamburg eine Rede, in der er darauf hinwies, daß Deutschland trotz der Kandidatur Hindenburgs für die ausländischen Kapitalisten „vertrauenswürdig“ bleibe.

Der Reichspostkrieger Höfle münd den Schwettkrauten. Er hat sich die Sterbedokumente reichen lassen, um hinter Linen Haftentlassungsantrag mehr Druck zu setzen.

Der polnische Priester Ujas wurde wegen Mädchenhandlungen und Kindervergewaltigungen vom Leningrader Gouvernementsgericht zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Die Mädchen erhielten je 1000 Rubel Entschädigung.

Die Führer des von England importierten Kurdenaufstandes, die von den Briten gefangen genommen wurden.



Die „Republikaner“ jemals daran gedacht hätten, auch nur den Stief zum Zeichen der Zustimmung vom Stige zu erheben. Denn um das Geheimnis zu verraten: Sie haben bisher immer gegen diese Selbstverständlichkeiten gestimmt, die nur die Kommunisten beantragt haben, trotzdem es sich dabei wahrlich um kein kommunistisches Programm handelt.

Wenn Herr Levi nicht Herr Levi wäre.

Also: selbst vom Standpunkt eines nicht ganz hirnverbrannten SPD-Mannes ist die Strategie des SPD-Vorstandes eine alberne Strategie; wer dem anderen etwas gibt, ohne zu wissen ob und was er dafür bekommt, der lieft in Gel.

Doch die sogenannte „Linke“ in der SPD hat noch ganz andere Töne trompetet: Sie hat es für Verrat erklärt, wenn man von Brauns (des ganz rechten SPD-Mannes) Kandidatur abgehen würde.

Und der Karzih der „Linke“, Herr Dr. Paul Levi, der sich für „links“, „wiegend“ und vielleicht sogar für „charaktervoll“ (doch hierin täuscht er sich als Karzih) hält, schrieb am 1. April in seinem Räschlätzchen, es sei an der Zeit, daß die SPD. einen „offenen Brief“ an die RPD-Arbeiter richte und sie für die „gemeinsame proletarische Sache“ aufriefe.

Nun, was ist die „gemeinsame proletarische Sache“? Die Engel im Himmel singen hören durch Vermittlung der Zentrumspläfen? Oder Herrn Hellwags nationalistische Schaumbläserien für Weltbeherrschung?

Wäre Herr Levi nicht... Herr Levi, wäre seine „Anrede“ vom 1. April nicht ein Aprilscherz eines Raffehauskisten, dann müßte er mit seinen Gestimmungsgenossen (doch so nichts ist...) einen „offenen Brief“ an die Arbeiter richten, die Braun gewählt haben und ihnen sagen: „Ich habe mich noch einmal von den Wahlen dazwischen lassen und geglaubt, Sie wollten wirklich eine Klassenkandidatur demonstrieren. Aber jetzt, wo Sie Vorwanddienste für die Reaktion leisten, kann ich nur sagen: Wähle Hellwag, denn das ist eine Klassenkandidatur.“

Doch ebensowenig wie ein legendäres Milch gibt, ebensowenig wie Marx demokratischer ist als Larres, ebensowenig wie sich die „Linke“ SPD. außer in Phrasen, von der rechten unterscheidet, und ebensowenig wie die SPD. in ihrer Politik sich vom Zentrum unterscheidet, ebensowenig wird Levi und werden alle „linken“ SPDler auch nur ein Wort gegen die sagen, die sie noch vor wenigen Tagen auf Vorwärts selbst als folgten.

Es ist an der Zeit, Ort für Ort, Fabrik für Fabrik und Haus für Haus auch die überarbeiteten SPD-Arbeiter zu helfen und sie ruhig zu fragen, was sie von solchen politischen „Geschäften“ halten, wie sie ihre „Führer“ machen.

Und es ist an der Zeit, daß Ort für Ort, Betrieb für Betrieb und Bezirk für Bezirk sich die Kommunisten mit „offenen Briefen“ an die SPD-Wähler wandern und sie fragen, ob sie für Braun gestimmt haben, damit Hellwags Pertrassmann ihre Stimmen bekommt, Braun aber in Brauner wartet darf, bis er abgejagt wird, bevor er noch sein Kniechen gebildet hat.

### Folgeschwere Explosion.

(Eigener Drahtbericht)

Hannover, 17. April.

In der Fabrik der Continental-Kautschuk- und Guttapercha-Fabrik in Seelze bei Hannover explodierte ein Sauerstoff. Zwei dort beschäftigte Arbeiter konnten nur als Leichen geborgen werden.



Die Yankes in Leningrad  
Copyright by Moderner Verlag Wien 1924

„Ich komme zu Ihnen im Namen jenes Teiles von Amerika...“ begann Wastlow mechanisch zu lesen, „jenes Teils von Amerika...“

Er sprach... zitterte, rührte sich mit der Hand über das Gesicht. Gerade gegenüber sah er einen durchdringenden steilen Blick auf sich gerichtet: es waren Senias Augen, die in die letzten Tiefen seiner Seele zu blicken schienen.

„Im Namen jenes Teils von Amerika“, sagte Wastlow zum dritten Male mit ungleicher Stimme. Über die Gesichter aller Anwesenden lag ein Ausdruck des Stummens. Wastlow zitterte mit Kopf und Schultern, redete das Parierkrampe in die Tasche, rückte geradenwegs auf die Uhr und sprach lautend nach dem Aufgang.

Im Saal trat eine Grabesstille ein. Wastlow fand den Aufgang, drehte ihn ein, zwei, dreimal um — ein trotziges Krack — als wenn seine Fäden ausgegählet würden, erlöste im Saal.

In derselben Stunde weckten sich Wastlows und seiner Frau Augen. — zum ersten Male leuchtete in ihnen ein Ausdruck des Bewusstseins auf. — Sie sahen einander an, dann die auf den Tribünen Ständen, dann die Köpfe, als wenn sie aufstehen wollten, zitterten mit den Händen, wie um zu warnen. Über aus ihrem Munde drang kein Ton, und ihre Mäuler waren wie mit Blei gefüllt. Inzwischen erblickte aus der Uhr ein fernes, schwebendes Gesicht, das Schicksal schickte sich, ein runder, hölzerner Gegenstand lag auf dem Tisch und eine klare, metallische Stimme, die offenbar nicht von einem Menschen herabkam, sagte laut doch man es im Saal.

### „Ich gehe zum Hindenburg!“

„Heute gibt es für uns nur zwei Ziele: überwältigend siegen oder kapitulieren... England würde uns, wenn wir gleich Schwere die Waffen auf Gnade oder Ungnade strecken, gewiß milde behandeln. Wie es den Deutsch-Südwestern weltgebendes Entgegenkommen zeigte! England ist ja so klug... Unterwerft euch doch, ihr Halbengländer! Aus Deutschland wird Grekland, sonst dürft ihr eure Stedenpferde behalten. Für uns andere bleibt Deutschland und wird verteidigt gegen jeden Feind. In diesem Kampf bestimmt nur Deutschlands Interesse unsere Mittel. Zu besonderer Schonung sind wir gegen niemand mehr verpflichtet. Wir dürfen schonen und verschonen, dürfen aber auch drohen und schlagen. Es ist nicht unsozialistisch, die Franzosen zu warnen, daß der zweite Winterfeldzug sie nicht bloß Menschen kosten könnte... Wir wollen weiter aus eldornem Recht, nicht von fremder Gnade in Großbritannien oder Grekland leben. Dazu hilft uns gegen diese Feinde nur eines: Den Daumen aufs Auge und die Aule auf die Brust. Und greichen uns ein paar Heilige dazwischen, wie fürchtbar das Schicksal der französischen Arbeiter sei, so erwidern wir ihnen: Die französischen Arbeiter bleiben Männer, auch wenn wir mit ihnen Augen wechseln, die aber selbst — alte Weiber. Wägen darum die ewig schwankenden Gestalten plötzlich den Berrica der Internationale spielen wollen, ich gehe zum Hindenburg.“

(Heilmann, Vorsitzender der sozialdemokratischen preussischen Landtagsfraktion in der „Chemnitzer Volksstimme“ vom Jahre 1916.)

### Der Kundstun für die herrschende Klasse. Sprechverbot für Ernst Thälmann.

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 17. April. Die Reichsregierung hat den Kandidaten zum Reichspräsidenten erlaubt, den Kundstun zu Ansprachen an das deutsche Volk zu benutzen. Dem kommunistischen Kandidaten verweigerte man den Kundstun mit der Begründung, daß er „eine gewalttätige Aenderung der Verfassung“ anstrebe.

Dieser Beschluß der Reichsregierung ist eine Provokation für das arbeitende Volk. Hindenburg, der offene Monarchist, darf den Funktionär der Republik für seine monarchistische Propaganda benutzen. Thälmann verweigert man das Sprechen. Die Bourgeoisie braucht diese Wahlbehinderung des Kandidaten Thälmann, damit die Millionen Kundstunhörer nicht die Stimme des Arbeitervertreter zu hören bekommen, sondern nur von den nationalistischen Phrasen der Hindenburg und Marx betört werden.

### Neues zum Morde an Sieblnecht. Der Schwindel vom „Stichtversuch“ aufgedeckt.

(Eigener Drahtbericht)

Bien, 17. April. Das Wiener Nachmittagsblatt „Die Stunde“ veröffentlichte in ihrer Mittwochs Ausgabe unter dem Titel „Neues zum Sieblnechtmord“ drei Photographien. Aus diesen ergibt sich mit eindeutiger Klarheit, daß das ärztliche Gutachten des Geheimrats Strachmann im Prozeß gegen die Sieblnechtmörder, daß der Schuß in einer Entfernung von sechs Metern abgegeben wurde, falsch ist. Es ergibt sich, was für jeden schon längst bekannt.

Das Sieblnecht keine Stichtversuch unterzogen hat, sondern aus nächster Nähe von vorn erschossen wurde. Wesentlich als diese Tatsache der drei Photos ist, daß die drei Photographen der Art der Rettungsgänge, Dr. Jorgis bei dem die Leiche Sieblnechts als unbekannt Leiche eingeliefert wurde, aufgenommen hat und, daß sie seitens des Berliner Polizeibüros beschlagnahmt wurden, bevor es zum Prozeß gegen die Täter kam, um deren Verurteilung zu verhindern.

Die „Stunde“ erklärt weiter, daß die beschlagnahmten Platten sich heute noch im Besitz des Berliner Polizeipräsidiums befinden. Bemerkenswert ist, daß die „Stunde“ ein rein bürgerliches Blatt ist, das in Kommunistenbegeisterung der Spitze der Wiener Presse marschiert. Die „Stunde“ schließt ihre Ausführenden mit folgender Zusammenfassung:

Wir stellen, nur auf Grund der Photographien, fest, daß Sieblnecht nicht auf der Flucht erschossen wurde, sondern daß der durch Kolbenschläge schwer Verletzte tatsächlich erschossen wurde. Wir stellen ferner fest, daß eine ganze Anzahl Zeugen vor Gericht bewußt einen Meineid geleistet haben und stellen schließlich fest, daß das ärztliche Gutachten des Geheimrats Strachmann falsch war. Die Leugnung von der Erschießung Sieblnechts auf der Flucht ist persöhnlich, wenn man die hier veröffentlichten Bilder betrachtet.

Falls die ebenfälligen Gerichtsbehörden wünschen sollten, auf Grund des neuen Bildermaterials eine Revision des damaligen Prozesses herbeizuführen, so stehen ihnen diese Bilder jederzeit zur Verfügung. Sie brauchen sich aber gar nicht an uns zu wenden, sondern sie können im Berliner Polizeipräsidium die beschlagnahmten Platten finden. Und diese letztere höchst merkwürdige Tatsache erweist fast den Unfug, daß alles verblüdet war, um das sonderbare Urteil vom 15. Mai 1919, den Freispruch aller Angeklagten, begründen zu können.

### Ende der Blüdhörs im Tschelaprozess.

(Eigener Drahtbericht)

Leipzig, 17. April.

In der gestrigen 45. Verhandlung des Tschelaprozesses sprachen die Rechtsanwälte Herzfeld und Löwenthal für die Angeklagten Wörner und Meus. Beide Verteidiger plädierten auf Freispruch für die Angeklagten. Sie hielten für nicht erwiesen, daß sie überhaupt nur an den Plänen zur Ermordung des General Seekt beteiligt waren. Im übrigen sei ein Plan noch keine strafbare Tat. Das sei auch im Prozeß Thormann-Grandl erwiesen, der mit Freispruch der Angeklagten, die zwar der Organisation Consul angehörten, absetz.

Rechtsanwalt Neumann erklärte, er habe auf die Reden der Verteidigung keine Erwiderung zu geben und das Gericht müsse sich selbst nunmehr sein Urteil bilden. Er bittet jedoch noch einmal auf Todesstrafen zu erkennen. In der Freitagsverhandlung wird noch einmal Rechtsanwalt Rosenfeld sprechen, danach erhalten die Angeklagten das Schlußwort.

Sally Jewald berichtet von einer Konferenz weiblicher Gewerkschaftler, in der beschlossen wurde, zum Studium der russischen Verhältnisse und besonders der Lage der russischen Kinder, eine Kommission nach Rußland zu entsenden. Für die Dauer der Studienfahrt sind sechs bis acht Wochen vorgegeben.

### Erfolgreiche Verhandlungen im oberösterreichischen Bergbau.

(Eigener Drahtbericht)

Gleiwitz, 16. April.

Am 14. d. Mts. fanden in Gleiwitz zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern erfolgreiche Verhandlungen über das Arbeitszeitabkommen statt, so daß der zuständige Schlichtungsausschuß angerufen werden muß.

Die Gewerkschaften haben in einem Schreiben an den Reichsarbeitsminister den Schlichter Dr. B. Brandes-Oppeln als befähigt erklärt, weil er einseitig die Interessen der Unternehmer vertritt.

### Die Untersuchung der Explosion auf „Minister Stein“

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 17. April.

Der Bericht des Unfallauschusses der Grubenberufungskommission über die Explosion auf Zeche „Minister Stein“, die bekanntlich 131 Opfer forderte, liegt nunmehr vor. In dem amtlichen Bericht wird die Schuld der Zecheverwaltung nunmehr zugegeben. In dem Bericht werden Vorwürfe gegen Zecheleitung als auch gegen die Bergbehörden erhoben.

Inzwischen wartete Barfuh, bis sich die Tribüne und der Saal geleert hatten, ging dann auf Wastlow und seine Frau zu und nahm sie am Arm. Die Unglücklichen waren in einem furchtbaren Zustande. Die Starrheit hatte aufgehört, das Gedächtnis funktionierte wieder. Das Entsetzen, das sie im Augenblick der Explosion erlebten, als sie beide dachten, daß alles vernichtet werden würde, und doch weder Junge noch Hand rühren konnten, um die Menschen um sie herum zu warnen, — hatte zur Folge, daß Rodefeller eine graue Haarsträhne bekam und Dwinne — ein nervöses Jucken der Lider.

„Sie brauchen eine gründliche Erholung!“ sagte Barfuh, sie durch den leeren Korridor führend, „alle diese Ereignisse haben Ihre Nerven erschüttert. Nehmen Sie sich noch ein wenig zusammen — es dauert höchstens eine Stunde, — und von morgen an werde ich euch beide in ein Sanatorium feden!“

„Wohin führen Sie uns?“ protestierte Rodefeller unsicher. „Zum Psychiatrischen Kongreß!“ antwortete Barfuh. „Es wird besser sein, wenn Sie sich dort zeigen, — sonst wird man Sie mit der Uhr in Zusammenhang bringen... Bleiben wir eine halbe Stunde dort und sehen uns die europäischen Leuchten der Wissenschaft an, — das wird Sie ein wenig zerstreuen.“ Sie stiegen in ein Auto, und Dwinne legte ihre Hand gebauklos in die ihres angeblühen Gatten, der sie mit der Empfindung eines Beschützers und Fremdes jart brüllte.

Der Psychiatrische Kongreß. „Lorpeho“ näherte sich wieder dem Ufer, und der Generalmann Komallowsky hatte wieder allen Grund, seine Matrosen anzuheulen. Ein würdiger, ergauter Mann ging die Schiffsstiege hinauf. Er wies Answelle vor, die ihn als den Generalstaatsanwalt von Alaska legitimierten und erklärte, daß er einen gefährlichen kriminellen Verbrecher nachjage. Man stellte ihn sofort des Platzes aus und verjag ihn mit den nötigen Wasserbüchsen. Dann nahm er ein Trio und ließ sich zum Psychiatrischen Kongreß fahren.

„Trane nicht den Reichen und jenen, die Gaben spenden!“  
Der ganze Saal stimmte zur Tribüne, die von dem Jubelraum durch das Orchester getrennt war. Viele sprangen hinab, auf die Schultern der Musikanten.  
„Was soll das heißen? Ein Attentat! Rettet die Führer! Ruhe, keine Panik!“  
Touche von Stimmen erfüllten das Theater. Aber eine donnernde Stimme überdachte alle und stellte in einem Augenblick die Ruhe her:  
„Es ist nichts geschehen! Auf eure Plätze, Geossen!“  
„Ich erkläre die Sitzung für geschlossen“, sagte der Sekretär, die Sache wird bis in die letzten Einzelheiten untersucht werden. Sie bitte euch, Geossen, Ruhe zu bewahren und von dem Vorgefallenen nicht zu sprechen, um keine Panik in der Stadt zu verbreiten. Vergessen Sie nicht, daß sich heute viele ausländische Gäste bei uns versammelt haben, und daß eine Panik den Wirtschaftlichen Kongreß, der von großer, internationaler Bedeutung ist, föhren könnte.“  
Die lauschelässige Menge flutete murrend und erregt auf die Straße.  
„Jetzt der Rand, verbreitet keine Panik!“ flüsterle jeder seinem Nachbar zu, dieser — seiner Frau und die Frau — einem guten Bekannten. Nach einer Weile war ganz Leinograd aber das Vorgefallene unterdrückt.  
„Habt ihr gehört?“ flüsterle ein Händler dem anderen zu, „wir haben doch diese Bomben im Auslande bestellt — ich glaubt sind ja noch in Leinograd, — und die Dinger werden uns helfen mit Grammatikons und werden nicht daran, in die Luft zu gehen. Da sieht man, was das Ausland wert ist. Sie haben auf unsere Waren und haben uns Ausländer hinterlistig.“  
„Habt ihr gehört?“ sagte eine Herrin der Kinobühne zu ihrer Nachbarin, „das Ausland hat wieder keine Bomben zu uns eingeschuggelt und dann ein Remerandum veröffentlicht, als wenn wir im Auslande Agitation machen. Es ist unerträglich, daß wir bis jetzt die ausländischen Filme aufhängen und einen Reizt hat gegen sie.“

(Zweiter Fortsetzung)



# Der Trozkismus in der Komintern.

Von N. Bucharin.

Moskau, 8. April.

In der Komintern sind einerseits rechte, sozialdemokratische Gefahren, andererseits ultralinke Abweichungen vorhanden. Es gibt auch eine Blodierung rechter Elemente, wie dies zum Beispiel die Rede Kriewitzs, und eine Blodierung linker Elemente, wie dies die Unterstützung des Trozkismus durch Bordiga beweisen. Somit sind Versuche zu einer Konzentration der Kräfte gegen die offizielle Linie der Komintern feststellbar. Die Unannehmlichkeit der russischen Revolution ist derzeit eine internationale Angelegenheit geworden. Die inneren Erscheinungen in der RPR werden von den Feinden und Halbfeinden sofort ausgenutzt. Die Opportunisten innerhalb der Komintern werden durch die Renegaten unterstützt, was die objektive Folge der Mechanik der sozialen Kräfte ist. Außerdem gibt es die Kategorie der Gefühlskommunisten, die nicht vom politischen Standpunkt, sondern nach Gefühlen urteilen. Unsere Aufgabe ist, die

genaue Beurteilung der Wichtigkeit der Politik der Zentrale der RPR, und die genaue Beurteilung der Wichtigkeit der Politik der Opposition.

Die Hauptmerkmale des Trozkismus bestehen in der Unterschätzung des Bauerntums und in der Überschätzung des Staatsapparates. In der Epoche des Kriegskommunismus waren diese Fehler nicht gefährlich. Die Rep fordert andere Methoden, eine feinere Differenzierungsfähigkeit, ein verändertes Verhalten zum Bauerntum, die Hervorhebung des wirtschaftlichen Momentes der Bauernwirtschaft. Nach Anschauung vieler Genossen wäre der Trozkismus einfach Menschewismus. Diese Anschauung ist zu einfach und deshalb falsch. Es ist notwendig, den Trozkismus als ein eigenartiges Gebilde zu verstehen, was nur durch eine Analyse der konkreten Fragen möglich ist.

Es ist kein Zufall, daß die letzte Diskussion zeitlich zusammengefallen ist mit der Neuorientierung der RPR in der Bauernfrage. Es ist eine neue ökonomische Situation, sind neue soziale Verhältnisse vorhanden, deswegen ist eine neue Politik notwendig. Der Trozkismus zeigte sich

1. in der Frage der Diktatur der Industrie,
2. in der Frage der Planwirtschaft, das heißt in der Frage des Nafes des rationalen Elementes in der Wirtschaft,
3. in der Frage der Preispolitik der Staats trusts,
4. in der Frage der Geldreform,
5. in der Frage der sozialistischen Akkumulation und des Kampfes gegen das Privatkapital.

Manche Genossen fragen, ob in diesen Fragen nicht Meinungsverschiedenheiten ohne Ergründung organisatorischer Maßnahmen möglich sind. Nein, da diese Fragen keine literarische Diskussion, sondern die praktischen Lebensfragen der Diktatur sind. In der letzten Zeit war im Verhältnis der Arbeiterklasse und des Bauerntums eine gewisse Zuspitzung vorhanden, auf Grundlage des Wachstums des gesamten Wirtschaftslebens der Sowjetunion. Die Widersprüche der Interessen der Arbeiterklasse als Käufer und der Interessen der Bauern als Verkäufer der Produkte haben die Bauernschaft gewissermaßen misshandelt. Die Produktionskräfte des Landes entwickeln sich schnell, jedoch ist eine große Ueberbevölkerung und Arbeitslosigkeit vorhanden. Der Bauer, der aktiver und selbständiger geworden ist, verlangt eine Teilnahme am politischen Leben. Der Prozeß des Wachstums birgt die Gefahr in sich, daß zwischen der Arbeiterklasse und dem Bauerntum eine Kluft entsteht. Deswegen sind in der Politik auf zwei Linien neue Methoden notwendig:

1. muß die Bauernwirtschaft von der Staatsindustrie billigere Waren erhalten als von der bürgerlichen Wirtschaft,
2. ist es notwendig, nicht die Diktatur zweier Klassen, sondern die Stärkung der Diktatur des Proletariats auf dem Wege einer friedlichen Politik, mit Methoden, die den neuen Klassenverhältnissen entsprechen. Die Diskussion begann in der Zeit einer Störung der Warenzirkulation, in der Zeit einer ungeheuren Geldentwertung, als die Gefahr bestand, daß sich Stadt und Land völlig voneinander absonderten. Die Lösung der Frage war die Lebensfrage der Diktatur. Trozki schrieb die Schuld der Planlosigkeit der Wirtschaft zu, forderte, als einziges Rettungsmittel, die Elemente der Planwirtschaft zu vergrößern und qualifizierte die Preispolitik und die Geldreform als sekundäre Fragen. Die Parteizentrale schätzte die Lage anders ein, sie sah die zwei wichtigsten Fragen in der Geldreform und in der Herabsetzung der Preise.

Der Plan besteht vor allem in der Herstellung einer richtigen Proportion zwischen Industrie und Bauernwirtschaft. Die Forderung der Diktatur der Industrie über die Finanzen bedeutet, nicht zu verstehen, daß die Industrie abhängig ist vom Absatzmarkt, von der Bauernwirtschaft. Trozki und die Opposition verstanden nicht die Wichtigkeit der Bauernwirtschaft der Kleinproduzenten. Der Leitfadene Trozki in all diesen Fragen ist die Unterschätzung des Bauerntums. Das wichtigste in der Vorrede Trozki zu „Die Lehren des Oktobers“ ist, daß Trozki erklärt, seine alle Beurteilung der bewegenden Kräfte der Revolution hätte sich in der Oktober-Revolution für richtig erwiesen.

Die Unterschätzung des Bauerntums ist untrennbar verbunden mit der

## Theorie der „permanenten Revolution“.

Die Partei muß die Abweichung Trozki überwinden. Die Zentrale führt die Politik des wirtschlichen Leninismus, immer den Situationen angepaßt, aber die Grundlehren des Leninismus, die von der Zentrale fortgesetzt werden, werden von der Opposition Trozki attackiert.

Der Streik, der gegen die alte Garde geführt wurde, die Orientierung auf die Parteijugend, hatte zum Ziel, die durch den Trozkismus infizierten jungen Genossen der alten Garde gegenüberzustellen. Die Forderung Trozki für eine größere Freiheit der Gruppierungen hatte ebenfalls einen strategischen Zweck. Ein Grundfehler des Trozkismus ist auch die Unterschätzung der führenden Rolle der Partei und die Überschätzung des Staatsapparates. Die Partei muß diesen Abweichungen den schärfsten Krieg erklären.

Die ausländischen Genossen, die die Fragen des Trozkismus nicht analysierten, sondern Klatsch verbreiteten, haben den Bankrott des Trozkismus erwiesen. Die Trozisten sind in der Komintern voll und ganz isoliert. Die RPR hat eine ideologische Mobilisierung gegen den Trozkismus durchgeführt. Die Partei hat viele neue Elemente erworben, heute sind in ihr bloß einzelne Trozisten vorhanden. Die Partei erwarb einen glänzenden bolschewistischen Sieg, und trotzdem nachher organisatorische Maßnahmen. Die Zentrale hält es für ihre

Pflicht, weiterzukämpfen. Die Partei hat keine Illusionen, sie weiß, daß trotz Anerkennung und „Frieden“ neue Widersprüche entstehen. Das Wachstum der Sowjetunion steigert die Bourgeoisie droht. Deswegen ist ein: absolute Einheit, die „bolschewistische Gefahr“, was nil neuen Konflikten mit einer absoluten Disziplin in der Gesamtführung der Partei notwendig.

## Die japanischen Gewerkschaften für die Einheit der internationalen Gewerkschaftsfront.

In einer Zuschrift an die Zentrale der Internationalen Arbeiterhilfe betont der Allgemeine japanische Gewerkschaftsbund seine Sympathie für den einheitlichen Zusammenschluß der internationalen Gewerkschaften.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund Japans wird in den letzten Monaten von einer aufsteigenden Welle getragen, und hat große Erfolge in den Reihen der japanischen Arbeiterchaft. Es ist kein Zufall, daß gerade diese junge, wachsende Organisation nach einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale als einer Stärke der Position des Proletariats verlangt. Aus demselben Grunde sympathisiert der japanische Gewerkschaftsbund auch mit der IWA, da deren Ziele ja auch in der Richtung eines internationalen Zusammenschlusses der proletarischen Massen liegen.

Seinen Brief an das Zentralkomitee, der auf einen internationalen Aufruf der IWA Bezug nimmt, schließt der japanische Gewerkschaftsvertreter wie folgt:

Mit Ihnen zusammen hoffen wir, daß die weltumspannende Vereinigungsbewegung der Werktätigen der Welt von Er-

## „Hindenburg steht unter unserem Schutz!“

### Eine weitere sozialdemokratische Ausdehnung für Hindenburg.

Darmat-Hellmann gab im Kriege die Parole aus: „Ich gehe zum Hindenburg!“ Der Schlachtfeld-Hellmann fand nicht nur in der Kriegszeit begeisterte Anhänger, sondern auch in der Revolution. Der Brief Hindenburgs an Obert ist dafür ein lebendiger Beweis. Jetzt gelangt ein weiteres Dokument an die Öffentlichkeit, das die Hindenburgtreue sozialdemokratischer Führer wiederum bestätigt. Der Hauptredner der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Preußen, Abg. Orzesinski hat im November 1918 folgende Bekanntmachung herausgegeben:

„Mit... und Soldaten!

Heute der Generalfeldmarschall von Hindenburg mit Offizieren und Mannschaften des Großen Hauptquartiers in Kassel ein, um von Wilhelmshöhe aus die Demobilisation unserer Truppen zu leiten. Hindenburg gehört dem deutschen Volke und dem deutschen Heere. Er hat sein Heer zu glänzenden Siegen geführt (!) und sein Volk in schwerer Stunde nicht verlassen. Nie hat Hindenburg in der Größe seiner Pflichterfüllung uns näher gestanden als heute. Seine Person steht unter unserem Schutz. Wir wissen, daß die bürgerliche und sozialistische Bevölkerung Kassels ihm nur Gefühle der Verehrung und Hochachtung entgegenbringen wird und daß er vor jeder Belästigung sicher ist.

Der Generalfeldmarschall trägt Waffe, ebenso die Offiziere und Soldaten des Großen Hauptquartiers, wenn sie ihn begleiten.

### Für den Arbeiter- und Soldatenrat-Orzesinski.

Dieses Dokument widerlegt zwingend die demagogischen Behauptungen der sozialdemokratischen Presse über die angeblichen Vorparaden der Kommunisten für die Reaktion. Wieder einmal ist der Beweis erbracht, daß die sozialdemokratischen Führer ihre Hände schützend über die kaiserlichen Offiziere gehalten und sie mit allen Vollmachten ausgestattet haben. Die sozialdemokratischen Führer haben durch ihr Bündnis mit der Konterrevolution erst die Kandidatur Hindenburgs ermöglicht. Deshalb sind dieselben auch gar nicht imstande, heute einen ernsthaften Kampf gegen den monarchistischen Präsidentschaftskandidaten Hindenburg zu führen. Es gibt nur eine Partei, die den Kampf gegen den Monarchismus richtig führt und mit allen Mitteln führt, das ist die kommunistische Partei. Deshalb gehört am 2. April jede Arbeiterstimme dem Präsidentschaftskandidaten der Kommunisten.

### Ernst Thälmann.

folgt begleitet wird und verfolgen wir mit größter Aufmerksamkeit und Erwartung den fortschreitenden Zusammenschluß der beiden gewerkschaftlichen Internationalen: Moskau und Amsterdam.

Ich verbleibe mit brüderlichen Grüßen

Für den Präsidenten der I. O. I. (ges.) Orzeski.

## Der Prozeß gegen den Priester Ujas.

Moskau, 16. April.

Am 15. April begann der Prozeß gegen den polnischen Priester Ujas vor dem Leningrader O uvernementsgericht. Er wird auf Grund von vier Artikeln des Strafgesetzbuches angeklagt. Die Anklage lautet u. a. auf Mißhandlungen, Mißbrauch seiner Stellung, Vergewaltigung zur Befriedigung widernatürlicher Triebe.

Ujas versucht, sich durch Berufung auf sein diplomatisches Amt der Verantwortung vor einem Sowjetgericht zu entziehen und fordert, seinen Prozeß dem polnischen Gesandten zu übergeben und ihn sofort aus dem Gerichtsraum zu führen. Der Staatsanwalt Arulenko weist aber darauf hin, daß die polnische Regierung die Kompetenz der Sowjetgerichte anerkennt, indem sie die Auslieferung Ujas' an die Sowjetbehörden anordnete. Das Gericht schlägt die Forderungen Ujas ab mit der Begründung, daß Ujas keine Exterritorialität genöÙ, ein Mitglied des diplomatischen Klubs war und daß die Anklage gegen ihn mit seiner diplomatischen Mission in keinerlei Zusammenhang stand.

Ujas wurde wegen Sittlichkeitsverbrechen zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt.

## Erweiterter Aktenabplan gegen Krawka aufgedeckt.

(Sig. Straßber.) Paris, 12. April. Unter dem dringenden Bedenke, gegen den sowjetrussischen Bolschewik Krawka ein Attentat verüben zu wollen, wurde soeben ein Mann namens Krawka verhaftet. Es wurden bei ihm Photographien des Genossen Krawka und ein scharfgeladener Revolver gefunden.

## Der weiße Terror in Bulgarien.

Die bürgerliche Presse fällt in den letzten Tagen von Kommunistenbanden und Attentätern und beruht einen angeblichen Ueberfall auf den bulgarischen Monarchen dazu, von heftigen die kommunistische Gefahr auf dem Balkan an die Wand zu malen. Wir erhalten, durch die Ungehaltigkeit etwas verspätet, einen Brief unseres bulgarischen Korrespondenten, der die wirtlichen Verhältnisse in Bulgarien schildert und klar zeigt, daß der Ueberfall am 15. April von der Janakoff-Regierung inszeniert ist. Im Zusammenhang damit ist die Meldung interessant, daß die bulgarische Regierung bei der Entente die Vermehrung des Heeres um 3000 Mann wegen „kommunistischer Unruhen“ in der Zeit von Mitte April bis Mitte Mai beantragt hat.

Die Red.

Abk., 10. April 1925.

Die ganze bürgerliche Presse von der äußersten Rechten mit der „Nalawissimost“ an der Spitze bis zur sozialdemokratischen „Narod“ sind mit der Regierung unzufrieden.

In Bulgarien herrscht heute ein gewaltiges Chaos. Das ganze Volk ist einem schrecklichen Elend unterworfen und dem Hungertode preisgegeben. Die Arbeitslosigkeit nimmt jeden Tag zu. Im Oktober vorigen Jahres betrug die Zahl der Arbeitslosen 100 000, heute beträgt sie vielleicht das Doppelte. Daraus macht sich die Regierung kein Gewissen. Auf die Arbeitslosigkeit reagiert sie mit Entlassung der Arbeiter und Angestellten. Auf die Not und den Hunger der Arbeiter mit weiteren Entlassungen und erlegt die Entlassenen durch russische Konterrevolutionäre. In dem Bergwerk Wernik allein sind über 3000 Arbeiter entlassen und an ihrer Stelle russische Wachtgarden aufgenommen. In Privatbetrieben werden gern russische Konterrevolutionäre angestellt.

In der letzten Zeit hat das Ministerium für Post- und Telegraphenwesen nur in Russland a. D. allein 100 Angestellte entlassen. So beabsichtigt die neue Regierung, das Budget um eine Milliarde zu verringern.

Alles unterliegt einer strengen Zensur der Regierung. In Bulgarien, wo insgesamt 50 bis 60 Zeitchriften und Zeitungen erscheinen, sind bis jetzt 30 verboten. Viele Redakteure werden vor das Gericht geschleppt. Die ganze Presse ist einer scharfen Zensur ausgesetzt, sogar die rein literarischen Werke werden nicht verschont — das letzte herausgegebene Werk des proletarischen Dichters Kasimowetnikoff wurde beschlagnahmt. Die persönliche Korrespondenz unterliegt derselben wilden Zensur. Ein Genosse aus Bulgarien schreibt folgendes:

Das ganze Land befindet sich in Belagerungszustand. Man erschließt heute nicht nur die altiden Gegner der Regierung, sondern jeden, der früher der RPR angehört hat. Das neu herausgegebene Gesetz zum Schutze des Staates verbietet jede Beschwerde über die Zensur, Spekulation, Bourgeoisie usw.

Gegen Herbst und Frühling verbreitet die Regierung absichtlich das Gerücht von einem geplanten Aufstand der Arbeiter und Bauern. Im Herbst 1923 hat sie die blutigen Septembertage durch eine ganz bewußte und planmäßige Propaganda veranstaltet, die dem bulgarischen Volke 20 000 Opfer gekostet haben. Im Frühling 1924 hat sie das berüchtigte Gesetz zum Schutze des Staates im Parlament durchgesetzt und damit die kurze Zeit nachdem vorgenommenen Verfolgungen und Ermordungen ihrer politischen Gegner gerechtfertigt. Im Herbst 1924 verbreitete sie mit derselben mörderischen Absicht wiederum das falsche Gerücht über die Ausrufung der Sowjetrepublik durch die mazedonischen Revolutionäre im neuen besetzten Gebiet. Dann wurden die Abgeordneten Jadschi, Dimoff und B. Petroff, 10 Führer der mazedonischen Organisation „n. viele andere mazedonische Genossen in der Provinz ermordet.

Heute bietet die falschliche Regierung ihrem Volke ihr Frühlingsgeschenk dar. Durch ihre Gesandtschaften im Auslande hat sie „erfahren“, daß die neue Frühlingsevolution am 15. d. Mts. ausbrechen soll. Sie hat wieder während neuer Verfolgungen vorgenommen. In Berkowitsa sind 40, Terzhwand 30, darunter 8 Frauen, in Schumli 200, in Sewlir 30 und in vielen anderen Städten wie in Ruschik, Tarna, Tirmotow, Braga, Blawdin Hunderte von Arbeitern verhaftet worden. Unter den Verhafteten befinden sich auch viele Schüler und Schülerinnen. Von den unzähligen Verhaftungen und Ermordungen möchten wir nur einige erwähnen: In Berkowitsa ist der Schüler Tscherness im Bezirksamt ermordet, in Ruschik der Kommunist Galtshakoff und die Genossin W. Wustowa erschossen worden, in Tirmotow ein anderer Genosse, in Sofia wurden zwei Genossen auf der Straße von Polizeianten erschossen und die Kommunisten Gadschi Dimitroff und A. Schults von der vierten Etage des Polizeigebäudes heruntergeworfen, die bald nachher gestorben sind. Im Kampf mit der Polizei in Sofia ist der Genosse Georgiew erschossen worden. Bei der Aufdeckung eines angeblichen Militärkomitees wurden drei Kommunisten erschossen. Im Februar d. J. sind beide kommunistische Abgeordnete Straßimiroff und Stojanoff durch die Augen der behelzten Spiegel der Regierung Janakoff gefallen. In derselben Zeit wurde die Kommunistin Dittche im Kerker erhängt, der Sekretär einer kommunistischen Ortsgruppe W. Swanoff durch unglückliche Foller vergiftet und auf die Straße geworfen. Das ist das ungeheure Bild des heutigen Terrors in Bulgarien.

Trotz alledem werden die Arbeiter und Bauern Bulgariens allen aufeinanderfolgenden Schlägen der falschlichen Regierung, der Professoren und Generale hartnäckig standhalten und den Kampf bis zum endgültigen Siege über das falschliche System führen.

## Ein neuer Mord!

(Eigener Drahtbericht)

Sofia, 17. April.

Der Abgeordnete der Stammlist-Partei Tschu wurde von weißen Terrorbanden der Regierung Janakoff ermordet.

## Englische Gewerkschaftlerinnen fahren nach Rußland.

(Sig. Straßber.) Berlin, 17. April. Der in vergangener Jahre wegen Abtreibungsdelicten zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilte Apotheker Heiser wurde im Wiederaufnahmeverfahren vom Landgericht 2. Berlin zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, unter Anrechnung von einem Jahr Untersuchungshaft.

## Der Stand der Roten Armee.

Moskau, 17. April. Auf dem Rätekongreß Genrients in Tiflis berichtete Volkskommissar Genosse Grün über den Stand der Roten Armee. Sie zählte gegenwärtig 32 000 Mann, von denen zehn Prozent nationale Formationen der selbständigen Sowjetrepubliken seien. Auf 10 000 Einwohner der Sowjetunion kämen 41 Rotgardisten. In europäischen Staaten bezogen z. B. 103 Soldaten auf dieselbe Anzahl von Einwohnern. Die Roten Armee 1925 laufe die Sowjetregierung eine Million Soldaten, jedoch werde sie in der Sowjetunion bestehen.









# Betrieb und Werkstatt

## Die Lohnbewegung der Breslauer Metallarbeiter

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Der Kampf in der Breslauer Metallindustrie ist unvermeidlich. Schon stehen die Kupferschmiede, die Modellmacher, Formier- und Dreher im Streit. Geben die Unternehmer nicht nach, wird der Kampf auf der ganzen Linie entbrennen.

Der Kampf geht hauptsächlich um die Lohnfrage. Die Löhne der Metallarbeiter in Breslau und Schlesien überhaupt sind die niedrigsten im ganzen Reich.

Nach dem Schiedsspruch der Schlichterkammer vom 18. März gestalteten sich die Löhne wie folgt: Ab 1. März bis 30. Mai 1925:

Gelernte 51 Pf., nach vierwöchentlicher Beschäftigung 58,5 Pfennige, Ungelernte 44 Pf., nach vierwöchentlicher Beschäftigung 45 Pf., Angelernte 37 Pf., nach vierwöchentlicher Beschäftigung 39 Pf., angelernte Arbeiterin 28 Pf., nach vier Wochen 29,5 Pf., ungelernete Arbeiterin 25 Pf., nach vier Wochen 26,5 Pf. Vom 1. Juni bis 31. August sollte eine weitere Zulage in Höhe von 1/2—2 Pf. folgen. Das bedauerliche an dem Schiedsspruch ist der Abbau der Sozialzulage. Bis zum 1. März gab es je nach der Kinderzahl eine Familienzulage von 1—4 Pf., nach dem 1. März bis 31. Mai beträgt dieselbe noch 1/2—2 Pf., um ab 1. Juni ganz abgebaut zu werden. Außer den oben angeführten Löhnen können Leistungszulagen gewährt werden für die Gelernten bis 10 Prozent, für die übrigen Arbeiter bis zu 5 Prozent. Durch den Abbau der Familienzulage bedeutet dieser Schiedsspruch für den verheirateten Arbeiter mit mehreren Kindern eine sehr geringe Lohnaufbesserung.

Durch Urabstimmung haben die Belegschaften den Schiedsspruch mit über 80 Prozent der abgegebenen Stimmen abgelehnt. Die Unternehmer waren bisher nicht zu bewegen, über diesen Schiedsspruch hinaus wesentliche Zugeständnisse zu machen. Sie kommen immer wieder damit, daß die Lage in der Breslauer Metallindustrie äußerst schlecht sei. Es ist aber ausgeschlossen, daß daran die Löhne schuld sind. Warum können in anderen Gebieten weit höhere Löhne gezahlt werden?

Die Metallarbeiter fordern für den gelernten Arbeiter über 24 Jahre 55 Pf. Stundenlohn gleich Arbeitslohn. Die elende Lage der Breslauer Metallarbeiter ist so unheilbar, daß ein Rückzug seitens der Arbeiter unmöglich ist. Geben die Unternehmer nicht nach, wird der Kampf auf der ganzen Linie entbrennen. Es kommen dabei über 10000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Frage.

Die Breslauer Metallarbeiter sind kampfbereit. Die Entscheidung liegt bei den Arbeitnehmern. Wir werden sie kämpfen verhelfen!

## Auf zur kommunistischen Wahl- und Werbearbeit in den Betrieben!

Wenig mehr als eine Woche trennt uns von dem zweiten Reichspräsidenten-Wahltag. Jetzt kommt es darauf an, daß ein jeder Genosse zu zeigen versteht, daß er Kommunist ist und als Kommunist zu arbeiten versteht. Es ist ein Zeichen revolutionärer Merkmale der kommunistischen Partei, daß sie in jede Situation klar und weislich, ohne sich etwas vorzumachen, ohne aber auch in einem fatalistischen Reformismus zu verfallen, den Dingen auf den Grund sieht und unerbittlich mit revolutionären Methoden ihnen auf den Leib rückt.

Sowohl wir haben am 2. März eine Schlappe erlitten. 80000 Arbeiterstimmen gingen für uns verloren. Die SPD. jubilierte, die Bourgeoisie rief sich die Hände. Wir aber haben keine Ursache, irgendwie den Kopf hängen zu lassen. Wir sind Bolschewiken, Leninisten. Unerschrocken und unverrückbar stehen wir dem Kapitalismus und seinem Heilighelms der SPD. gegenüber. Wir tragen in unsereren Bestreben die klare Erkenntnis: die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Widersprüche innerhalb des kapitalistischen Systems sind unüberwindlich, steigen sich mit Naturnotwendigkeit zu, werden zu gewaltigen Krisen des kapitalistischen Systems heranreifen, seinen Zusammenbruch unumgänglich machend. Und die kommunistische Partei ist die Klassenkampforganisation des Proletariats, die sich den Sturz des Kapitalismus zur selbstbestimmten Aufgabe gestellt hat und die nicht wanken und weichen wird, diese Aufgabe zu vollbringen unter der Führung des revolutionären Proletariats.

Wir kennen unseren Weg, wir kennen seine Schwierigkeiten. Wir wissen über Schlapfen und Niederlagen geht unser Weg bis zum endgültigen Siege. Unerschütterlich tragen wir Lieb und Hoch auf in uns.

**Trotzdem und trotz alledem! Auf zur Wahl- und Werbearbeit für den zweiten Wahltag! Auf zur kommunistischen Betriebsarbeit!**

Was haben unsere Genossen in den Betrieben zu tun? Wie muß die kommunistische Betriebsarbeit aussehen? Vor allem müssen sich unsere Genossen klar darüber ein, daß unsere Wahlkämpfe nicht auf Stimmentausch hinauslaufen, sondern daß es darauf ankommt: Herzen und Hirne der Proleten für den revolutionären Klassenkampf, für die kommunistische Partei zu gewinnen. Darum muß die Wahlarbeit für den zweiten Wahltag erweitert werden zur Werbearbeit für die Partei und für unsere Presse.

Es kommt darauf an, daß unsere Partei organisatorisch gestärkt und befähigt, tiefer in der proletarischen Masse verankert, aus der Wahlkampagne herausgeht, gelangt es uns, den Einfluß der Partei in den Betrieben zu heben, an Mitgliedern der Partei und an Lesern unserer Presse zu gewinnen, dann haben wir gesiegt.

Besser als durch jede Anweisung wird unsere praktische kommunistische Wahl- und Werbearbeit in den Betrieben durch einen bei uns eingegangenen Bericht eines Betriebszellenmanns beleuchtet. Lesen wir was der Genosse schreibt:

Unsere Zelle ist noch sehr schwach. Trotzdem, oder gerade deshalb, beschließen wir in einer Zusammenkunft mit aller Energie daran zu gehen, unsere kommunistischen Ideen im Betrieb zu verbreiten, unseren Einfluß in der Belegschaft zu steigern, den Kollegen die Notwendigkeit der Wahl unseres roten Kandidaten Schämann begrifflich zu machen und um uns auch als Zelle zu stärken. Mitglieder für die Partei und vor allem auch Leser für unsere Zeitung zu gewinnen.

Nachdem wir alle Möglichkeiten, wie wir am besten zu agitieren haben erörtern hatten, nachdem wir uns darüber verständigt, mit welchen politischen Botschaften wir den sozialdemokratisch eingestellten und den indifferenten Arbeitern

gegenzusetzen haben, machten wir uns in den Abteilungen an die Arbeit.

Vor allem traten wir an die Sympathisierenden heran. Ganz systematisch wurden die einzelnen Kollegen bearbeitet. Wir sprachen mit ihnen während der Arbeit, während der Pausen und beim Nachhausegehen. Hatten wir sie einmal davon überzeugt, daß die kommunistische Politik die richtige sei, ließen wir nicht nach, sie als neue Leser für unsere Presse, wenn möglich als Mitglieder für die Partei zu gewinnen. Wir machten dabei die Erfahrung, daß es darauf ankommt, bei den Kollegen das proletarische Ehrgefühl zu wecken, sie direkt herauszufordern, ob sie ganze Kerle mit Mut und revolutionärem Geist oder bloß halbe Kerle wären. Und vor allem nicht locker lassen! Immer wieder mit ihnen sprechen über alle möglichen politischen, Partei- und sozialen Fragen, ihnen beweisen, daß wir Kommunisten nicht bloß tapfere Revolutionäre, sondern Klassenkämpfer sind, den Klassen gesellschaftlichen und politischen Belangen mit den ihnen klipp und klar die Rolle der SPD als bürgerliche Arbeiter- und Kleinbürgerliche Angstpartei beweisen können.

Wir sind nur sechs Genossen in unserem Betriebe. Und mit Stolz können wir feststellen, daß dank der geschickten systematischen Arbeit von uns bis jetzt in fünf Tagen drei Kollegen als Mitglieder der Partei und sechs neue Abonnenten für unsere Zeitung gewonnen wurden.

Dieser bisherige Erfolg hat uns so ermutigt, daß wir mit einer richtigen Freude weiter unsere Wahl- und Werbearbeit verrichten. E. B. Zellenobmann.

Genossen! So sieht kommunistische Wahl- und Werbearbeit in den Betrieben aus. Wer will diesen Genossen nachsehen?

- Gerat an die Arbeit in den Betrieben!
- Für den roten Kandidaten Ernst Schämann!
- Für die Stärkung der kommunistischen Partei!
- Für die Gewinnung neuer Mitglieder, neuer Leser für unsere Presse!

## Und doch zahlungsfähig!

Wittor-Grube bei Gottesberg.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Am Freitag stehen die meisten Gruben im Waldenburger Revier ihre Belegschaften wie immer anzufragen. Sie brauchen Kohlen. Die Grubenbesitzer mußten an diesem Tage den gesetzlichen Zuschlag von 50 Prozent zahlen, was ungefähr einem Schichtlohn von 6 bis 7 Mark

entspricht. Hierdurch ist der Preis erhöht, daß die Waldenburger Grubenbesitzer ganz auf die schon lange geforderten 50 Prozent Lohnzulage bewilligen könnten. Nur die ungeheure Profitgier ist es, die jegliche Lohnherabsetzung anzusehen unmöglich macht.

Es liegt an den Bergarbeitern selbst, sich höhere Löhne nicht zu erhandeln, sondern zu erkämpfen.

# Die zunehmende Frechheit der Kohlenbarone.

Von unserem Betriebsberichterstatler aus dem Waldenburger Kohlenrevier.

Wir alle wissen, der niedersteifliche Bergarbeiter ist der am elendsten bezahlte. Er bricht unter der Last seines Elends fast zusammen und lebt an einer unerbittlichen Verdurstungsgefahr. Seine Kinder sind unterernährt, lungenkrank und rachitisch. Sind diese Kinder 12—13 Jahre, müssen sie schon zum Unterhalt mit beitragen. Mit 14 Jahren sehen die Jungen auf die Grube.

für 80 Pf. die Schicht.

die Mädeln in die Grube. In einigen Jahren sind die Kinder vollständig korrumpiert. So sterben gerade die Fabrikmädchen im Alter von 13—20 Jahren zum großen Teil an der berückeligen Lungen tuberkulose.

Bringen es diese Bergmannskinder noch fertig, ihre Verheiratung zu erleben, so sterben sie nach ein oder zwei Jahren Ehe oder sind mit dauernder Krankheit behaftet. Den Jungens geht es nicht viel besser, doch ist hier der Prozentfuß nicht so groß, weil viele in andere Gegenden auswandern, zugleich aber aus der Landbevölkerung frisches Blut im Waldenburger Kohlenrevier einen kleinen Ausgleich brachte. Doch der Stamm, der generationsweise seinen Lebensunterhalt auf einer Waldenburger Grube fristete, ist körperlich einer menschlichen Ruine gleichzustellen.

Die Schönheiten des Waldenburger Berglandes, des Riesens und Altdatergebirges sind berühmt, sind der Ausflugsort vieler Menschen. Der Waldenburger Kumpel aber hat weder Zeit noch Geld, sich dieser Schönheit zu erfreuen.

In Bad Salsbrunn leben viele, seiner Ausbeuter und eHniger, führen da ein Sclentmerleben auf Kosten der Arbeitssklaven.

Die Produktionsstätten sind erweitert, Neubauten und Anlagen sind wie die Milze aus der Erde geschossen. Die Produktion selbst ist durch ein raffiniertes Gedügelssystem auf das Höchstmögliche gesteigert worden.

Die Frechheit der Grubenbesitzer ist überhand genommen.

Reizend, lustig und abgespant gehen die Kumpels auf die Grube, halbtot kommen sie zuhause, gleichgültig gegen alles, nur das Bedürfnis zu essen und zu schlafen beherrscht und überwiegelt alle Gedanken.

Diese Zustände sind einfach grauerregend für das niedersteifliche Bergproletariat, es muß hier eine Aenderung, ganz gleich auf welche Weise, eintreten.

Hunderte von Familien, deren Väter auf der Grube beschäftigt sind, werden ihre

Kinder betteln.

## Die Großen treffen die Kleinen.

Wittor-Grube bei Gottesberg.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Mit den schädlichsten Mitteln geben die Grubenbarone vor um ihre Arbeitskräften, die den großen Ausbeutungsbetrieben den Rücken kehren, zu halten. Beträchtlich haben die Gruben viele Arbeiter und Aufträge, die sie kleineren Firmen übertragen müssen. Die Kleinen zaudernde müssen Arbeiter zur Erledigung der Aufträge haben. Um überhaupt weiche zu bekommen, haben sie ein paar Pfennige Stundenlohn mehr, wie die Schlotbarone. Die Folge davon ist, daß die Arbeiterschaft dorthin drängt, wo mehr bezahlt wird. Wegen dieser Abwanderung der Arbeiter zu den Unternehmern kleineren Kalibers sträuben sich die Unternehmer größeren Kalibers. Sie haben nun in einem Rundschreiben den Kleinfirmen Firmen verbieten, Leute von den Gruben anzunehmen. Machen es die Kleinen trotzdem, so werden ihnen von den Grubengewaltigen sämtliche Aufträge entzogen.

Dieser Kampf der Großen gegen die Kleinen bedeutet Behinderung der Freizügigkeit der Arbeiter.

Die Kleinen werden unterliegen und sind gezwungen, um nicht zugrunde zu gehen, die Arbeitslöhne zu verfürzen.

Das ist die typische Frechheit der Schwerindustrie.

Psst! Zeuse!

## Wettwirtschaft der Gräfin Johanna-Grube.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Nur Arbeit kann uns retten, — so riefen die Kriegsgewinnler und ihre Lakaien, die Sozialdemokraten, von 1918 bis heute. Die Arbeitszeit wurde verlängert, Ueberstunden wurden eingeführt. — Und die Wirtschaft hebt sich.

Wie sie sich hebt, das können wir Proleten von der Gräfin Johanna-Grube am besten feststellen. Seit November vorigen Jahres bis heute werden durchschnittlich

2—3 Feiertagen wöchentlich

eingeleast. Die 14 Tage vor Ostern haben wir Tage und Schicht 5 Schichten verfahren. Aber die Wirtschaft hebt sich.

Kleiche Kohlenbalden verbrennen und gehen in die Luft. Wir aber gehen mit leerem Lohnbeutel nach Hause. Wie lange soll dies so weiter gehen?

Arbeitskollegen, die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer haben uns verbeten, daß, wenn der Pannespalt abgeschlossen ist, es uns ganz bestimmt besser gehe. Und was sehen wir? Belogen und betrogen haben uns unsere Führer, die Franz, Kraemel, Machallit und Konforten.

Wollen wir uns so weiter betrügen lassen? Kameraden, Kumpels! Seht hinein in die Gewerkschaften und jagt diese Lakaien zum Teufel, glaubt ihnen nicht mehr, stopft ihnen ihr Schandmaul, falls sie noch versuchen sollten, Euch irrezuführen. Schließt Euch der kommunistischen Betriebszelle an, dort werdet wir Wege und Mittel finden, um dem Hungertode und der Ausbeutung zu entgehen.

soweit sind diese schon auf den Hund gekommen. Und was verlangen und fordern die Unternehmer? Trotz der Kohlenkrise, trotz dem Elend, daß sie auf die Waldenburger Bergbevölkerung heraufbeschworen haben, —

eine halbe Stunde Mehrarbeit.

Diese Profitgier und Frechheit kann nicht mehr überhritten werden, dieser Gemeinheit und Stupelhaftigkeit wird und muß ein Ende gemacht werden.

Immer wird auf Oberschießen hingewiesen: „ie obersteiflichen Bergarbeiter gehen ja auch trotz der Kohlenkrise 8 1/2 Stunden auf die Behe, sie haben übrigens viel bessere Gebirgsverhältnisse: wir (Unternehmer) können da viel besser verdienen, also ist es von uns berechtigt, von euch auch eine halbe Stunde Mehrarbeit zu leisten.

Kumpel von Oberschießen — möchtest Du nicht Deinem Unternehmer, der mit unserem in einem Konzern sitzt, ein Ding auf das freche Maul geben, indem Du auch selbstständig gehst? Ihr habt doch in Oberschießen viel Feiertagen, also seit Ihr in vollstem Recht, wenn Ihr eure Arbeitszeit verfürzt. Aber nehmt unseren Salunen den Grund, dauernd auf eure Willkürigkeit hinzuweisen. Wir lassen uns auf keinen Fall eine Arbeitszeitverlängerung aufhassen, da soll es schon zum äußersten kommen.

Wie frech unsere Unternehmer sind, ersieht man am besten aus den letzten Verhandlungen am Mittwoch, den 8. April (Organisationsvertreter und Arbeitgeber). In diesen Verhandlungen sollte die Ferienfrage und die Lohnforderung behandelt werden. Einer dringenden Lösung bedarf es auch in der Mantelltariffrage für das Industriegebiet.

Der Standpunkt der Profitthänen war den Organisationsvertretern gegenüber folgender: Die Arbeiter können sofort ihre Ferien antreten — sie können auch sofort den Mantelltarif verlängert bekommen, wir würden uns auch über eine kleine Lohnherabsetzung einlegen, — wenn die Arbeiter zu eine halbe Stunde Mehrarbeit einwilligen. Selbstverständlich verkaufen die Verhandlungen unter einem solchen Gesichtswinkel reijultatlos. Es sind nun neue Schlichtungsverhandlungen festgesetzt, diesmal zum 21. April.

Die Unternehmer pfeifen aber auf Schiedssprüche, die ihnen nicht passen. Beweis: Sie sträuben sich heute noch, die durch Schiedsspruch festgesetzte 3 Prozent Lohnherabsetzung zuzahlen. Einem neuen Schiedsspruch wird es nicht besser gehen, wenn er den Unternehmern nicht paßt.

Die Arbeiterschaft wird einen für sie ungünstigen Schiedsspruch ebenfalls ablehnen. Sie wird alle Verhandlungen treffen, und wenn alle Stricke reßen, abbrechen zur Tat.



# Breslau

## Zur Reichspräsidentenwahl.

Der Magistrat teilt mit:  
Die für den ersten Wahlgang benötigte Stimmliste der zur Wahl des Reichspräsidenten berechtigten Personen wird nach entsprechender Berichtigung und Ergänzung am Dienstag, den 21. und Mittwoch, den 22. April d. J. von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in den Räumen der Festungsurhalle zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen. Um etwaige Schwierigkeiten bei der Ausübung des Wahlrechts zu vermeiden, werden die Stimmberechtigten aufgefordert, ihr Wahlrecht in denselben Wahlbezirk auszuüben, wie sie es bei dem ersten Wahlgange getan haben. Da für die Rechtsgültigkeit der Stimmabgabe bei der Wahl allein die Eintragung in die Stimmliste oder der Besitz eines Stimmzeichens maßgebend ist, hat jeder Wähler die Pflicht, sich davon zu überzeugen, ob er überhaupt und ob er richtig eingetragen ist. Daß in diesem Falle um so mehr erforderlich, als für die neu zugezogenen Stimmberechtigten noch nicht alle polizeilichen Anmeldungen aus der letzten Zeit dem städtischen Wahlamt zugegangen sind. Die Stimmcheine werden unter den bekannten Bedingungen bis spätestens den 21. April, nachmittags 3 Uhr, im städtischen Wahlamt, Rathaus, Zimmer 59, ausgegeben. Alle weiteren Vorschriften, die sich auf die Wahlhandlungen beziehen, sind in einer Bekanntmachung des Magistrats zusammengestellt, die am 19. 4. öffentlich angeschlagen werden wird.

## Der Wahlschwindel der Aufwertung.

Der Farresblock wie auch der Marxblock sind eifrig bestrebt, den Kleinbürgern den Aufwertungschwindel in den wildesten Farben vorzuführen, um ihre Stimmen zu ergattern. Leider glauben die kleinen Sparer, denen die Kapitalisten durch die Inflation ihre ganzen Ersparnisse gestohlen haben, die Blockparteien der beiden Gruppen würden im Grunde daran gehen, die gestohlenen Sparguthaben aufzuwerten. Es ist notwendig, die Illusionen zu zerstören und den Leuten jede Hoffnung zu nehmen, als ob die herrschende Gesellschaft der Kapitalisten jemals im Grunde daran dachte, den Leuten das gestohlene Geld zurückzugeben. Es müßte heute auch dem Dummsten klar geworden sein, daß die Inflation ein wohlüberlegter Schachzug der Kapitalverdränger war, um das ganze aufgeschobene Vermögen der kleinen Sparer zu enteignen. Die Börsenbörsen leihen das Geld der Sparer in der Inflation in Devisen um, liehen aber das Vermögen selbst in Papierformen in den Büchern fest. Die Profite stecken die Börsenbörsen in ihre Taschen. Jetzt geht es für die kleinen Sparer darum, die enteigneten Partikelchen aufzuwerten zu sehen. Wer soll nun aufwerten? Glaubst irgendein vernünftiger Mensch, die Kapitalisten würden ihren Raub, der durchaus in der Linie der Kapitalkonzentration liegt, freiwillig herausgeben? Wer verlangt nun bei den kleinen Sparern ein Aufwertungsgebot. Und ausgerechnet verlangt man von denselben Räubern, die die Inflation gemacht haben, sie sollen ein Geleß machen, ihren Raub herauszugeben. Das ist reichlich naiv und kennzeichnet so recht die politische Unfähigkeit der Kleinbürgerlichen Schichten. Eine Aufwertung im bestehenden Staat ist nur dann möglich, wenn die Besitzlosen selbst die Kosten tragen in Form von neuen Steuern. Eine solche aber höhere Aufwertung ist dann noch möglich, wenn die Besitzlosen den Dieben die Beute wieder abjagen. Die einzige höhere Form der Aufwertung aller gestohlenen Güter ist möglich, wenn die Enteigneten den Enteignern aller Werte, Kapital, Land, Grund und Boden, Fabriken und Banken abnehmen und sie genau wie die russischen Arbeiter und Bauern, in den Besitz des Arbeiters- und Bauernklasses überführen, der regiert wird von den Arbeitern- und Bauernklasses.

Die Verammlung der Sparer in Breslau nahm am Mittwoch eine Protestresolution gegen die Aufwertungsanfrage der Regierung an. Mit Resolutionen aber werden die kleinen Sparer nichts erreichen.

Die heute in Breslau auf der Aufwertungsberatung in die Stimmabgabe für Wahlmann.

Die Kandidaturkandidaten von Haderburg und Marx sind die Kandidaten der Inflationisten. Die letzte Wahl ist ein noch mehr trauriger Fall.

Die Kandidaturkandidaten von Haderburg und Marx sind die Kandidaten der Inflationisten. Die letzte Wahl ist ein noch mehr trauriger Fall.

Die Kandidaturkandidaten von Haderburg und Marx sind die Kandidaten der Inflationisten. Die letzte Wahl ist ein noch mehr trauriger Fall.

Die Kandidaturkandidaten von Haderburg und Marx sind die Kandidaten der Inflationisten. Die letzte Wahl ist ein noch mehr trauriger Fall.

Die Kandidaturkandidaten von Haderburg und Marx sind die Kandidaten der Inflationisten. Die letzte Wahl ist ein noch mehr trauriger Fall.

Die Kandidaturkandidaten von Haderburg und Marx sind die Kandidaten der Inflationisten. Die letzte Wahl ist ein noch mehr trauriger Fall.

Die Kandidaturkandidaten von Haderburg und Marx sind die Kandidaten der Inflationisten. Die letzte Wahl ist ein noch mehr trauriger Fall.

Die Kandidaturkandidaten von Haderburg und Marx sind die Kandidaten der Inflationisten. Die letzte Wahl ist ein noch mehr trauriger Fall.

Die Kandidaturkandidaten von Haderburg und Marx sind die Kandidaten der Inflationisten. Die letzte Wahl ist ein noch mehr trauriger Fall.

Die Kandidaturkandidaten von Haderburg und Marx sind die Kandidaten der Inflationisten. Die letzte Wahl ist ein noch mehr trauriger Fall.

Die Kandidaturkandidaten von Haderburg und Marx sind die Kandidaten der Inflationisten. Die letzte Wahl ist ein noch mehr trauriger Fall.

Die Kandidaturkandidaten von Haderburg und Marx sind die Kandidaten der Inflationisten. Die letzte Wahl ist ein noch mehr trauriger Fall.

Die Kandidaturkandidaten von Haderburg und Marx sind die Kandidaten der Inflationisten. Die letzte Wahl ist ein noch mehr trauriger Fall.

Die Kandidaturkandidaten von Haderburg und Marx sind die Kandidaten der Inflationisten. Die letzte Wahl ist ein noch mehr trauriger Fall.

## Der Fall Maher vor dem Untersuchungsausschuss.

Der zur Untersuchung des Falles Maher eingesehete Sonderauschuss der Stadtverordnetenversammlung trat am Donnerstag nachmittags zu seiner ersten Sitzung zusammen. Es wurde die Frage erörtert, welche weiteren Beamten außer Maher, eine Mitschuld oder Mitverantwortung an den Vorkommnissen trifft, und ob die bestehenden Vorschriften als ausreichend anzusehen sind, oder ob die Geschäftsführung der Stadthauptkasse durch etwaige Verbesserungen wirksamer gestaltet werden könnte. Die anwesenden Magistratsmitglieder erteilten die gewünschte Auskunft, worauf sich der Ausschuss in späterer Abendsstunde bis Ende des Monats vertagte.

So berichtet die bürgerliche Presse.  
Also, der Ausschuss hat sich nach einmaliger Sitzung bis Ende des Monats vertagt. Dann kommen Pfingstferien, Sommerferien usw. und der Ausschuss wird sich weiter vertagen.

Sah aus der Arbeit des Untersuchungsausschusses, dem keine Broschüren angehängt, nichts herauskommen wird, versteht sich am Ende.

## Reichsjugendwettkämpfe 1925 in Breslau.

Der Magistrat teilt mit:  
Schon jetzt ist man in Breslau mit Eifer am Werke, um die Durchführung der Reichsjugendwettkämpfe im Juni d. J. in erweiterter Form sicherzustellen. In stielberuhter Rührigkeit sucht die Ortsgruppe Breslau des Reichsausschusses für Wettkämpfe alle Kräfte zusammenzuschließen, die sich der körperlichen Erziehung unserer Jugend widmen, um eine ein-

heitliche Durchführung der Reichsjugendwettkämpfe in Gestalt eines Dreikampfes nach gleichmäßiger Punktverteilung vorzubereiten, um in machtvoller Rundgebung Zeugnis davon abzulegen, inwiefern die bei und erst in den Anfängen stehende neuzeitliche, den ganzen Menschen erfassende und festigende Körperkultur bei den Schülern und Jugendlichen Fortschritte gemacht hat.

Wenn von den Volks- und Mittelschulen vorläufig eine abwartende Stellung eingenommen werden mußte, so dürfen die vorhandenen Bedenken durch den Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 22. Mai 1924 und den Regierungserlaß vom 10. Dezember 1924 gestillt sein. Diese Erlasse fordern von den als Turnlehrer tätigen Kräften die Beteiligung als Schiedsrichter und Ausschussführer in ihren Schulgruppen und bezeichnen es ausdrücklich als wünschenswert, daß die Schulen in enger Verbindung mit den Jugendbildungsorganisationen sich bei der Abhaltung der Kämpfe selbst mit ihnen vereinigen, die alle nach gleichen Gesichtspunkten, insbesondere gleichartiger Wertung und zu gleichen Zeiten durchzuführen. Daß die Auswahlkämpfe unter der verantwortlichen Leitung der Schulen unter sich vor sich gehen sollen, schließt nicht aus, daß die daraus hervorgehenden Sieger zu einer Hauptveranstaltung entsandt werden, bei der sie nach dem Ministerialerlaß mit möglichst weiten Jugend- und Volksteilen zusammengebracht werden sollen.

Der Dreikampf setzt sich nach den bisherigen Vorschlägen aus einem 75- bzw. 100-Meter-Laufen, einem Hochsprung ohne Brett oder Schwimmen über 50 Meter und Kugelstoßen mit 6 bzw. 10 Pfund zusammen und gewährleistet dadurch den Sieg gleichmäßig durchgebildeter Kämpfer. Für den Endkampf ist der 21. Juni in Aussicht genommen.

# Waldenburger Industrierevier

## Die Führer mit dem kurzen Gedächtnis.

Auch in Waldenburg überbietet sich die SPD, den Ruhrgebiets-Marx, dem sie "niemals" ihre Stimme geben wollte, als allen christlichen Republikanern zu preisen.

In einem Aufruf der "Bergwacht" heißt es:  
Wir stimmen für Wilhelm Marx als den sicheren und republikanisch-republikanischen Republikaner!

Wir stimmen für Marx als den Mann, der in der inneren Politik die Herrschaftsübergabe der Sozialnationalen, die Diktaturverhältnisse des Großkapitals und der großen Landwirtschaft abgewieken hat!

Das Du die Rede im Gesetz! behältst!  
Marx als "erprobter Republikaner!"

Marx, der mit Quisler und Jarres durch Eid und Dumm gegangen als Kardinale gegen die Herrschaftsgelüste der Sozialnationalen!

Rufgeber Marx als Belämmerter des Großkapitals!  
Wer laßt da nicht?

Die Bergwachtredakteure glauben natürlich selbst nicht diesen von dem Berliner Parteivorstand verkappten Kobl.  
Bei einer Kreisversammlung der Sozialdemokratischen Partei hielt der Bergwachtredakteur Reichstagsabgeordneter Wendemühl das Wort.

Da unter den Waldenburger SPD-Arbeitern die Liebe für Marx klein ist, war die Rede Wendemühl's ein rechter Eierkuchen — und er sah sich zu folgendem 33gefühlsverständnis veranlaßt:

Garantiert dafür, daß Herr Marx während der ganzen 7 Jahre seiner Amtszeit ehrlieh diese zur Republik wahren wird, oder daß wir Demokraten und Zentrum als Partei sich davon halten werden, über mehr als die nächste Zeit hinaus, die gibt es natürlich nicht.

Am aber von Grund dieses Jura-Verstandes abzuschwächen, ließ Herr Wendemühl schnell einige Phrasen über den "lauteren Charakter" des Marx vom Stapel.

Man würde es die sozialdemokratischen Arbeiter.  
Im SPD-Abgeordneten sieht selbst ein, daß auf die "republikanische" Rede" des alten christlichen Republikaners Marx keine Hörer geben werden können. Einiges Jahre sind lang und man kann nicht wissen, auf welche Seite sich Marx im wechselvollen Lauf der politischen Ereignisse schlagen wird. Jedenfalls aber immer auf die Freiseite.

Erstmal aber sollen die SPD-Arbeiter diesem Musterrepublikaner Marx am 20. ihre Stimme geben. Und zwar wegen des "lauteren Charakters".

Ein Sparer sagt ein altes Sprichwort auch ein gutes Gedächtnis können.  
Die Bergwachtredakteure haben das Maßhaar mit einem kleinen Schwanz und einem dementsprechenden Gedächtnis begabt zu sein.

Die Bergwachtredakteure haben das Maßhaar mit einem kleinen Schwanz und einem dementsprechenden Gedächtnis begabt zu sein.

Die Bergwachtredakteure haben das Maßhaar mit einem kleinen Schwanz und einem dementsprechenden Gedächtnis begabt zu sein.

Die Bergwachtredakteure haben das Maßhaar mit einem kleinen Schwanz und einem dementsprechenden Gedächtnis begabt zu sein.

Die Bergwachtredakteure haben das Maßhaar mit einem kleinen Schwanz und einem dementsprechenden Gedächtnis begabt zu sein.

Die Bergwachtredakteure haben das Maßhaar mit einem kleinen Schwanz und einem dementsprechenden Gedächtnis begabt zu sein.

Die Bergwachtredakteure haben das Maßhaar mit einem kleinen Schwanz und einem dementsprechenden Gedächtnis begabt zu sein.

Die Bergwachtredakteure haben das Maßhaar mit einem kleinen Schwanz und einem dementsprechenden Gedächtnis begabt zu sein.

Die Bergwachtredakteure haben das Maßhaar mit einem kleinen Schwanz und einem dementsprechenden Gedächtnis begabt zu sein.

Die Bergwachtredakteure haben das Maßhaar mit einem kleinen Schwanz und einem dementsprechenden Gedächtnis begabt zu sein.

Die Bergwachtredakteure haben das Maßhaar mit einem kleinen Schwanz und einem dementsprechenden Gedächtnis begabt zu sein.

Die Bergwachtredakteure haben das Maßhaar mit einem kleinen Schwanz und einem dementsprechenden Gedächtnis begabt zu sein.

Wie manchen Herren die weltliche Schule verhasst ist, beweist Herr Roth in Weistheim, indem er sich verpflichtet hat, den Sohn des Bergarbeiters Prause von der Altmasser Straße bis zur Schulentlassung zu begleiten, mit der Bedingung, daß er zur christlichen Schule zurückkehrt.

Achtung, Genossen! Diejenigen Genossen, welche Lust haben, proletarische Marschlieder zu üben, werden ersucht, sich Sonntags, von 8-9 Uhr, bei dem Gasthof zur "Schönen Aussicht" in Hartau einzufinden.  
Rege Beteiligung ist erwünscht.

Für was die Orubenerverwaltung Geld übrig hat, beweist die letzte Wahl, bei der sie in den Wahlbezirk von Jarres hing, einen treuen Beschauer daneben stellte, der für diese Arbeit eine Schicht von 6 Mark gutgeschrieben bekam. Für Lohnzulagen ist kein Geld für uns vorhanden. Aber für Wahlzettel kann man nicht genügend hinauswerfen. Genossen, beachtet bei der kommenden Wahl diese bezahlten Sektorschneide der Arbeiterklasse besser.

## Schweidnitz. Parteiverammlung.

Sonntags, den 18. April, findet eine Mitgliederversammlung, anschließend RZB, bei Frau Hübel, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

## Arbeiterport.

### Bezirksstag d. A. N. B. Gau 7. Bezirk 8 (Bunzlau).

Die vertrauliche Sitzung nach dem Bezirksstag.

Da man laut Bekanntmachungen des Bundesvorstandes parteipolitische Arbeit nicht leisten darf innerhalb des Arbeiter-Radfahrerbundes sowie die Fahne der Arbeiterportbewegung nicht schwarz-rot-gold, sondern rot ist, und man Parteizugehörigkeit nicht tragen darf, was die hiesigen SPD-Funktionäre kolossal grämt, hierbei man die Delegierten des Bezirksstages zu einer vertraulichen Sitzung zusammen. Der Sportgenosse Walter (SPD) hielt ein Referat über Entschleunigung der Arbeiterportbewegung und der Arbeiter-Radfahrer, die früher die "Rote Kavallerie" der Arbeiterbewegung, vor allem der SPD, waren. Aber heute wäre das Bild betrübend. Er entrollte ein interessantes Bild über den Stand der SPD im Kreise Bunzlau. Es sieht sehr traurig mit der Partei aus; überzeugte Mitglieder gibt es nach seinen Ausführungen heute wenige. Ihr Sportgenossen von der SPD, es ist leicht erklärlich auf Grund der Zankstücker Partei innerhalb der letzten zehn Jahre, daß die Massen auch den Rücken kehren und sich nicht mehr aktiv an der Parteiarbeit der SPD beteiligen. Es ist nicht nur in der hiesigen Gegend so, oder meint ihr, daß die acht Millionen, welche Braun die Stimmen geben (der inzwischen als Reichspräsidentenkandidat vom Zentrumsmann Marx abgelöst ist) übergenug Sozialisten waren? Wie kann ihr als Arbeiter einem Zentrumsmann (dessen Partei die Schwerindustriellen, Dänen, Köhler und Koulorten angehören) eure Stimme geben? Ich halte euch nicht für so beschränkt, daß ihr glaubt, das Zentrum wird den Sozialismus fördern; wenn ihr das glaubt, dann wäre es besser, ihr geht alle Tage zur Beichte. Man will, wie der Sportgenosse Walter weiter ausführte, an die Ortsgruppenvorsitzenden des Arbeiter-Radfahrerbundes von Seiten der SPD Bunzlau zur Reichspräsidentenwahl am 26. April Flugblätter senden (die zur Wahl auffordern); es muß von Seiten der Ortsgruppen-Vorstände des RZB sofort die Verteilung in die Wege geleitet werden. Man könnte ja auch für den Kommunisten agitieren, wo entsprechende Mehrheits vorhanden wäre, führe er aus. Weiter will man versuchen, mit Hilfe der Mitglieder des RZB in den Orten Ortsgruppen der SPD anzugehen. Ich frage hier öffentlich als Delegierter des Bezirksstages an: Ist dieses Benehmen der Bezirksleitung des RZB, welche Agitation zu dieser vertraulichen Sitzung schon auf dem Bezirksstages machte, gegen die Bekanntmachungen der Bundesleitung? Was denkt die Bundesleitung des 7. Gaues in Gorkis sowie die Bundesleitung gegen ein derartiges Benehmen zu sein? Oder soll erst ein großer Teil der Arbeiter-Radfahrer dem Bunde den Rücken kehren? Wir verlangen halbtägige Antwort.  
Eingeleitete Delegierte.

## Aus aller Welt.

Die Justiz als Erbe. Aus New York wird berichtet: Ein Geschäftsmann, bei dem es sich um 125 000 Dollar handelte, ist totes zu Grunde gekommen. Drei Jahre lang haben nämlich die Erben von J. A. Curtiss in Calverton, Illinois, heftig um den Nachlaß geritten, bis gestern die heiderklingigen Anwälte im Gericht erschienen und die Anfechtung machten, es werde sich jetzt nicht mehr angeben lassen, daß der Versuch von der Ehe getrennt werde. Der Grund den sie angaben wird sicherlich für unerschwinglich anzuwenden werden müssen, denn sie sagten, das Geld sei durch Anfechtung und Gerichtskosten aufgebraucht, müßte nicht mehr projektiert werden. Der Richter sah dies ein und willfahrte dem Verlangen der Anwälte, die als die des Gerichts reichte, ihrem Bedauern Ausdruck gaben, daß der Erblasser nicht die 125 000 Dollar hinterlassen hätte.

Arbeitslose, rüffet zum Erwerbslosen-Kongress in Liegnitz! Jeder Ort muß vertreten sein!